

PARTEIPROGRAMM

Definitive Fassung

Das Parteiprogramm wurde in der
Schlussabstimmung einstimmig verabschiedet

(mit 10:0 bei 0 Enthaltungen angenommen)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Präsidenten	3
Unsere Werte	4
Aussenpolitik	5
Bildung.....	7
Energie und Umwelt	9
Finanzen und Steuern	11
Gesellschaft.....	13
Gesundheit und Soziales	15
Kunst, Kultur und Sport	17
Landesverteidigung	19
Landwirtschaft	21
Migration und Integration.....	23
Sicherheit.....	25
Verkehr	27
Wirtschaft und Tourismus.....	28
Politik in- und ausserhalb Graubündens	29

Vorwort des Präsidenten

Liebe Mitglieder, Sympathisanten und Gönner,
Geschätzte Leserinnen und Leser

In der 33-jährigen Geschichte der Jungen SVP Graubünden dürfen wir der Öffentlichkeit zum ersten Mal ein sehr umfassendes und dennoch nicht abschliessendes Parteiprogramm präsentieren. Der Startschuss für dieses umfangreiche Projekt fiel am 8. Juli 2016, als der Vorstand den Auftrag zur Ausarbeitung eines Parteiprogrammes verabschiedete. Über ein Jahr dauerte die Umsetzung, die viel Zeit und Engagement der Beteiligten beanspruchte. Ein bekanntes Sprichwort lautet: «Was lange währt, wird endlich gut.»

Die Gründung der Jungen SVP Graubünden geht zurück ins Jahre 1984, damals war sie unter Gründungspräsident Wolfram Kuoni eine lebhafte und schlagkräftige Jungpartei. Trotz Höhen und Tiefen und einigen Präsidiumswechseln war die Junge SVP Graubünden immer präsent – einmal mehr und einmal weniger. Heute sind wir eine motivierte, vielschichtige und engagierte Bewegung aus jungen Leuten, die sich für das Wohlergehen der Gemeinschaft einsetzt.

Was uns Mitglieder und Sympathisanten verbindet, ist nicht eine indoktrinierte Einheitsmeinung eines Parteistrategen, vielmehr sind es die gemeinsamen Werte und Interessen, die wir teilen. Zu diesen Werten zählen Freiheit, Unabhängigkeit und Eigenverantwortung. Eine ausführliche und kontroverse Diskussion von Themen innerhalb der Partei ist uns sehr wichtig, denn bei uns treffen teilweise sehr unterschiedliche Meinungen aufeinander.

Verschiedene Meinungen sind in einer Diskussion nicht immer einfach, doch wir sehen diese Tatsache als einzigartige Chance. Daraus entstehen konstruktive Lösungsansätze, die uns als Land und als Bürger vorwärtsbringen.

Nehmen wir unsere Zukunft selbst in die Hand – gemeinsam kommen wir vorwärts!

Viel Vergnügen beim Lesen!



Nicola Stocker
Präsident

Unsere Werte

Unsere politische Agenda ist hauptsächlich von diesen drei Werten geprägt:

- Freiheit
- Unabhängigkeit
- Eigenverantwortung

Bei uns werden Themen jeder Art ausgiebig, kontrovers und fair diskutiert, dabei spielen die drei genannten Werte immer eine entscheidende Rolle. Es ist uns sehr wichtig, dass die persönliche Freiheit jedes Einzelnen möglichst uneingeschränkt ist und bleibt, dass jeder und jede Eigenverantwortung übernimmt und schliesslich, dass die Schweiz unabhängig bleibt.

Wer uns kennt, weiss, wie viel die Freiheit uns bedeutet, sie ist das wohl wichtigste und am meisten schützenswerte Gut in unserem Land! Ein möglichst uneingeschränktes und selbstbestimmtes Leben führen heisst nicht, dass alles erlaubt ist. Mit dem eigenen Handeln dürfen die Rechte und Freiheiten anderer auf keinen Fall verletzt werden.

In jeder Gesellschaft braucht es einige Grundregeln, denn ohne diese staatlich vorgegebenen Rahmen würde ziemlich bald Chaos ausbrechen. Unsere Verfassung, die Gesetze und die Verordnungen regeln das Zusammenleben, dadurch wird eine rote Linie vorgegeben, die für alle verbindlich ist.

Die Junge SVP Graubünden setzt sich für das grösstmögliche Mass an individueller Freiheit und möglichst wenig Staat ein!

Aussenpolitik

In der Schweizer Aussenpolitik spielt die dauernde, bewaffnete Neutralität seit jeher eine entscheidende Rolle, sie ist ein Schlüssel zum Erfolg. Für einen Kleinstaat wie die Schweiz, der sich im Herzen Europas befindet, sind gute Beziehungen zu anderen Staaten in- und ausserhalb Europas sehr wichtig. Unsere Unabhängigkeit schützt uns vor einer Angliederung an supranationale Staatenbündnisse wie beispielsweise die Europäische Union, die Unabhängigkeit ist also ein Garant für Freiheit und Selbstbestimmung in unserem Land.

Konsequente Neutralitätspolitik

Die Schweiz verhält sich bei internationalen Konflikten konsequent neutral und lehnt die Beteiligung an Wirtschaftssanktionen und Embargos ab, die durch andere Staaten oder Bündnisse verhängt wurden.

Weltweite Handelsbeziehungen

Als ressourcenarmes, jedoch wirtschaftlich sehr starkes Land ist die Schweiz auf gute Handelsbeziehungen angewiesen. Deshalb müssen wir weltweit – anstatt nur europaweit – Handelsbeziehungen aufbauen.

Keine EU-Anbindung

Wir lehnen ein institutionelles Rahmenabkommen mit der Europäischen Union kategorisch ab, mit welchem wir uns faktisch fremdem Recht und damit fremden Richtern unterwerfen. Damit einhergehend sprechen wir uns deutlich gegen eine Anbindung an die EU respektive einen EU-Beitritt aus.

Wahrung der Schweizer Interessen

In aussenpolitischen Verhandlungen begegnen wir unseren Vertragspartnern stets auf Augenhöhe und mit Respekt, dabei sind unsere Landesinteressen in den Vordergrund zu stellen.

Nachhaltige Entwicklungshilfe leisten

Als wohlhabendes Land mit bester Infrastruktur und viel Knowhow gehört es zu unseren Pflichten, Entwicklungshilfe für bedürftige Länder auf der ganzen Welt zu leisten. Ziel muss es sein, dadurch die Lebensbedingungen in den betroffenen Ländern massgeblich zu verbessern und dadurch die internationale Zusammenarbeit zu stärken. Es ist unabdingbar, dass diese Hilfe in Form von Gütern und vermitteltem Knowhow effizient und vor allem nachhaltig eingesetzt wird.

Erfolgreiche Entwicklungshilfe streichen

Die Wirksamkeit der eingesetzten Entwicklungshilfe ist periodisch zu prüfen. Erzielt die Hilfe nicht den gewünschten Erfolg oder sind die Investitionen nicht nachhaltig, ist die Entwicklungshilfe unverzüglich zu streichen. Zudem muss die Entwicklungszusammenarbeit auf Gegenseitigkeit beruhen, wonach nur jene Länder profitieren sollen, die bereit sind in wichtigen Dossiers mit der Schweiz zusammenzuarbeiten.

Internationale Konflikte

Die Schweiz hat wie 193 andere Länder die UNO-Charta unterzeichnet. Der zweite Artikel dieser Charta besagt: «Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede [...] Anwendung von Gewalt.» Da dieser Artikel immer wieder verletzt wird, ist die Schweiz als unabhängiger Staat angehalten, dagegen vorzugehen und sich als vermittelnde Instanz anzubieten.

Austritt aus der PfP

Die Mitgliedschaft in der PfP (Partnership for Peace), welche eine Tochterorganisation der NATO (North Atlantic Treaty Organization) ist, kann mit unserer Neutralität nicht vereinbart werden und ist daher zu kündigen.

Bildung

In Zentrum unseres Bildungssystems soll die Vorbereitung auf das Wirtschaftsleben stehen. Das Schweizer Bildungssystem und insbesondere das duale Bildungssystem sind weltweit einzigartig und geniessen ein hohes Ansehen. Bildung gehört in den Zuständigkeitsbereich der Kantone, weshalb es kantonale Unterschiede beispielsweise im Bereich der Fremdsprachen gibt. Der Kanton Graubünden verzeichnete im Jahr 2014 rund 617 Millionen Franken Bildungsausgaben. In Relation zu den Gesamtausgaben von 3,8 Milliarden Franken (16 Prozent), ist das sehr viel.

Mehr Mitsprache in Bildungsfragen

Lehrpläne können in Graubünden ohne parlamentarische Diskussion durch die Regierung eingeführt werden. Wir fordern, dass Lehrpläne vom Grossen Rat genehmigt und dem fakultativen Referendum unterstellt werden müssen, denn Bildung betrifft uns alle.

Erziehung ist Privatsache

Die Schule übernimmt die Bildung der Kinder und damit die Vorbereitung auf das Wirtschaftsleben. Die Erziehung ist Aufgabe der Eltern.

Duales Bildungssystem stärken

Das duale Bildungssystem ist einzigartig und von grösster Bedeutung für die Wirtschaft der Schweiz. Die Attraktivität von Berufslehre und Berufsmaturität sind zu stärken, indem der Zugang zu Hochschulangeboten vereinfacht wird. Damit kann einer praxisfernen Akademisierung vorgebeugt werden.

Hochschulstandort Graubünden

Der Kanton Graubünden soll das Hochschulangebot überprüfen und bedarfsgerecht erweitern, um die Standortattraktivität zu verbessern. Mit dieser Massnahme soll die Abwanderung von Jungen gebremst werden.

Politikunterricht an Schulen

Alle Schülerinnen und Schüler müssen über das einzigartige politische System der Schweiz aufgeklärt werden. Ihnen soll die direkte Demokratie auf neutrale Weise näher gebracht werden, weshalb Politik in der Oberstufe zwingend intensiv unterrichtet werden soll.

Bildungsausgaben nicht ausufern lassen

Jahr für Jahr nehmen die Ausgaben für die Bildung zu. Aus Angst vor einer schlechteren Bildung ist die Bereitschaft zu Sparmassnahmen nicht vorhanden. Mit öffentlichen Geldern gilt es sparsam und vor allem effizient umzugehen. Die Bildungsausgaben im Kanton Graubünden sind hinsichtlich Effizienz und Notwendigkeit zu überprüfen. Der Kanton soll Einsparmöglichkeiten aufzeigen, ohne dass sich die Bildung verschlechtert.

Nur eine Fremdsprache in der Primarschule

Eine zweite Fremdsprache in der Primarschule lehnen wir ab. Dies würde lediglich zu einer Überforderung der Schüler führen und ihnen den Spass am Erlernen von Fremdsprachen frühzeitig nehmen.

Wirtschaftsorientierter Fremdsprachenunterricht

Der Fremdsprachenunterricht ist so zu gestalten, dass er den Schülern die besten Chancen für den späteren Werdegang ermöglicht. Im Vordergrund soll dabei nicht die Reihenfolge der gelernten Fremdsprache stehen, sondern das Ergebnis nach der obligatorischen Schulzeit. Ungeachtet der Wohnregion oder Muttersprache sollen alle Schüler im Kanton den gleichen Bildungsstandard in Bezug auf den Sprachunterricht erfahren dürfen.

Energie und Umwelt

Die Schweizer Energiepolitik steht nach dem Ja am 21. Mai 2017 zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 vor einer Neuausrichtung. Im neuen Gesetz ist verankert, dass der Gesamtenergieverbrauch deutlich reduziert werden muss, dass erneuerbare Energien zu fördern sind und dass der Bau von neuen Atomkraftwerken verboten ist. Die Energiepolitik hängt stark mit der Umweltpolitik zusammen, denn mit der Förderung der neuen Erneuerbaren will die Politik langfristig die Umwelt schützen und schonen.

Energiestrategie 2050 weiterhin kritisch begleiten

Gerade weil das Volk Ja zur Energiestrategie 2050 gesagt hat, müssen wir dieses Monsterprojekt weiterhin kritisch im Auge behalten. Nach wie vor stehen wir dieser Strategie sehr kritisch gegenüber und glauben nicht, dass die gesteckten Ziele erreichbar sind. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Energiepolitik nicht in einem Desaster endet.

Versorgungssicherheit hat oberste Priorität

Die Versorgung unseres Landes mit bezahlbarer elektrischer Energie muss jederzeit gewährleistet sein. Wir fordern einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad aus inländischer Stromproduktion. Die Speicherkapazität ist nach Möglichkeit auszubauen, um die Unabhängigkeit vom Ausland sicherzustellen.

Marktverzerrende Eingriffe verhindern

Das Einspeisevergütungssystem wirkt sich stark auf die Energiepreise aus, es ist daher marktverzerrend. Wir fordern die Abkehr vom Giesskannenprinzip hin zu einer fairen, einmaligen und damit tragbaren Unterstützung von erneuerbaren Energien in Form eines Investitionsbeitrages.

Staatliche Abgaben auf Strompreisen reduzieren

Wir fordern faire und kostendeckende Strompreise sowohl für die Produzenten, als auch für die Konsumenten. Die staatlichen Abgaben auf den Strompreisen (Netzzuschlag und Mehrwertsteuer) sind deshalb auf ein Minimum zu reduzieren.

Sicherung der Wasserzinsen

Eine Abschaffung der Wasserzinsen kommt für uns nicht in Frage, denn sie sind eine wichtige Einnahmequelle für den Kanton und zahlreiche Gemeinden. Die Wasserzinsen sind langfristig sicherzustellen und beizubehalten. Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere die öffentliche Hand und die Konsumenten nicht das Nachsehen haben.

Nein zu staatlichen Lenkungsabgaben

Wir lehnen die Einführung einer Klima- und Energielenkungssteuer (KELS) mit aller Vehemenz ab. Die Eigenverantwortung im Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen und unserer Energie gilt es zu stärken.

Forschung als Schlüssel zum Erfolg

Die Forschung im Bereich der Stromspeicherung ist ebenso zu intensivieren wie die Forschung in der Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen von Kernkraftwerken.

Umweltschutz: Vernünftig, sinnvoll und wirtschaftlich

Wir sind auf eine intakte Umwelt angewiesen, deshalb müssen wir ihre Sorge tragen und schonend mit den natürlichen Ressourcen umgehen. Der Umweltschutz soll unbürokratisch, effizient und sinnvoll sein, ohne dass er die Freiheit jedes Einzelnen zu sehr einschränkt.

Raumplanung ist Sache der Kantone und Gemeinden

Für die Raumplanung sind der Kanton und die Gemeinden zuständig. Gerade den Gemeinden soll viel Gestaltungsfreiraum gelassen werden, um eine individuelle und bedürfnisgerechte Entwicklung zu garantieren. Der haushälterische Umgang mit der Ressource Kulturland ist zentral, verdichtetes Bauen muss das Ziel sein.

Abschaffung der Ausnützungsziffer

Die Ausnützungsziffer ist eine komplexe und komplizierte Grösse wenn es ums Bauen geht. Um hier Vereinfachungen herbeizuführen, fordern wir die Abschaffung dieser Ziffer auf kantonaler Ebene.

Finanzen und Steuern

Die öffentliche Hand erfüllt wichtige Aufgaben für die Gemeinschaft, die wir als Steuerzahler zu finanzieren haben. Ein sinnvoller, effizienter und wirksamer Umgang mit unseren Steuergeldern ist enorm wichtig. Der Finanzhaushalt auf allen drei Verwaltungsebenen muss mittel- bis langfristig ausgeglichen sein, nur so können in Zukunft die notwendigen Ausgaben und Investitionen getätigt werden.

Schuldenabbau für kommende Generationen

Ziel unserer Finanzpolitik muss es sein, eine Neuverschuldung in jedem Fall zu verhindern bzw. Schulden abzubauen. Der sorgsame Umgang mit den öffentlichen Geldern ist wichtig, damit kommende Generationen nicht vor einem unüberschaubaren Schuldenberg stehen.

Keine neuen Steuern, Abgaben und Gebühren

Steuern, Abgaben und Gebühren belasten uns als Privatpersonen oder als Unternehmen schon heute genug, deshalb lehnen wir die Einführung neuer Steuern und Abgaben konsequent ab. Wir fordern vom Kanton eine umfassende Leistungs- und Aufgabenüberprüfung, die zum Ziel hat, die Ausgaben bei gleichbleibender Leistung zu reduzieren.

Nein zu Steuererhöhungen

Steuererhöhungen lehnen wir entschieden ab. In erster Linie haben der Kanton und die Gemeinden ihre Ausgaben zu überprüfen und zu optimieren. Erst wenn diese Massnahmen nicht den gewünschten Erfolg bringen, darf über eine Steuererhöhung diskutiert werden.

Mehrwertsteuer: Reduzieren und vereinfachen

Das tiefe Niveau der Mehrwertsteuer muss unbedingt beibehalten werden. Wir fordern, dass die Mehrwertsteuer maximal zwei unterschiedliche Sätze (normaler und reduzierter Satz) verwendet. Die Hotellerie und das Gastgewerbe sollen nach dem reduzierten Satz besteuert werden.

Abschaffung Besteuerung Eigenmietwert

Die Besteuerung des Eigenmietwerts ist abzuschaffen, damit der Erwerb von Wohneigentum wieder attraktiver wird.

Weniger Staat

Die Staatsausgaben steigen von Jahr zu Jahr, die öffentliche Hand beschäftigt durch alle Verwaltungsebenen immer mehr Mitarbeitende. Wir fordern, dass der Schaffung einer neuen Stelle bei der öffentlichen Hand zuerst eine zuverlässige Notwendigkeitsprüfung vorausgeht.

Attraktive Steuerpolitik in Graubünden

Mit einer attraktiven und fairen Steuerpolitik soll Graubünden zu einem attraktiven Standort für natürliche und juristische Personen werden. Dazu gehört auch die Abschaffung der Zweitwohnungssteuer sowie der Kirchensteuer für juristische Personen.

Regulierungsdichte und Bürokratie abbauen

Immer mehr Regulierungen und Vorschriften belasten unsere Firmen, aber auch uns Bürger. Die ausufernde Bürokratie schwächt die Innovationskraft, denn sie bindet personelle Ressourcen in den Unternehmen, die schliesslich in der Entwicklung fehlen. Wir fordern einen schweizweiten Bürokratie- und Regulierungsabbau, der nach dem Grundsatz «one-in-one-out» ausgestaltet wird.

Gesellschaft

Unsere Gesellschaft zeigt sich vielfältig, traditionsbewusst, freiheitsliebend und durchaus fortschrittlich. Die einzige Konstante in einer Gesellschaft, wie wir sie haben, ist der Wandel. Neue Generationen wachsen in einer völlig anderen Zeit auf als noch ihre Eltern, entsprechend sind ihre Ängste und Sorgen aber auch ihre Wertvorstellungen und Ziele im Leben anders. Freiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung sollen die Schweizer Gesellschaftspolitik generationenübergreifend prägen.

Gleichberechtigung von Mann und Frau

Wir stehen ganz klar hinter der Gleichberechtigung von Mann und Frau und setzen uns dafür ein, dass gleiche Leistung am Arbeitsplatz ungeachtet des Geschlechts gleich entlohnt wird. Die Unternehmen sind gefordert, den Verfassungsartikel hinsichtlich Lohngleichheit zu respektieren und umzusetzen.

Frauenpower sehr erwünscht

Frauen haben, wie die Männer ebenfalls, ihre Qualitäten. Sie sind deshalb sehr wichtig für unsere Wirtschaft. Eine Frauenquote lehnen wir allerdings entschieden ab. Nicht das Geschlecht sondern die Leistung und die Qualifikationen sollen massgebend sein.

Familiengestaltung ist Privatsache

In einer freien und vielfältigen Gesellschaft soll jeder und jede frei entscheiden können, welche Form des Zusammenlebens er oder sie wählt. Der Staat hat sich aus der Familienplanung rauszuhalten, weshalb kein Familienmodell steuerlich mehr begünstigt werden soll als das andere. Wir fordern gleich lange Spiesse für jede Form der Kinderbetreuung.

Abschaffung des Partnerschaftsgesetzes

Das Partnerschaftsgesetz ermöglicht es gleichgeschlechtlichen Paaren, ihre Partnerschaft einzutragen und sich dadurch rechtlich abzusichern. In vielen Punkten ist es mit dem Eherecht übereinstimmend, daher fordern wir die Abschaffung des Partnerschaftsgesetzes verbunden mit der Überführung ins Eherecht im Zivilgesetzbuch. Die Ehe soll demnach für gleichgeschlechtliche Paare ebenfalls zugänglich gemacht werden.

Zugang zur Fortpflanzungsmedizin

Gleichgeschlechtliche Paare sollen wie bis anhin keinen Zugang zur Fortpflanzungsmedizin haben, um so die ethisch verwerfliche Leihmutterchaft weiterhin zu unterbinden.

Realitätsfremde Genderideologie

Das Geschlecht des Menschen ist angeboren und nicht frei wählbar. Menschen, welche sich im falschen Körper geboren fühlen, haben das Recht ihr Leben so auszugestalten, wie sie dies als richtig empfinden. Es besteht jedoch kein Anrecht auf gesellschaftliche oder rechtliche Anerkennung des gewünschten Geschlechts. Den Einbezug der Genderideologie in Lehrpläne lehnen wir kategorisch ab.

Trennung von Kirche und Staat

Unsere ethische und moralische Empfindung ist unweigerlich mit einer christlichen Prägung verknüpft. Dennoch haben es bereits unsere Vorfahren verstanden, eine säkulare Staatsstruktur aufzubauen, in welcher religiöse und staatliche Interessen strikte getrennt werden. Daran ist auch in Zukunft festzuhalten.

Selbstbestimmt Sterben

Wir machen uns stark für mehr Selbstbestimmung und Eigenverantwortung im Leben, da gehört das selbstbestimmte Sterben ebenfalls mit dazu. Aktive Sterbehilfe soll erlaubt und gesetzlich geregelt werden.

Privater Cannabis-Konsum legalisieren

Der Drogenkonsum und -handel sind zwar verboten, können allerdings nicht unterbunden werden. Wir lehnen die vollständige Drogenlegalisierung ab, da von ihnen eine zu grosse Gefahr ausgeht. Hingegen sind wir der Ansicht, dass der private Konsum von Cannabis legalisiert werden kann, da die Wirkungen und Gefahren Alkohol und Nikotin sehr ähnlich sind. Der Konsum ist ausschliesslich in Privaträumen oder nicht öffentlich zugänglichen Räumen gestattet.

Kontrollierte Drogenabgabestellen

Um eine qualitativ hochwertige Versorgung mit Schweizer Cannabis sicherzustellen, muss der Verkauf staatlich überwacht und kontrolliert werden. Die Verkaufsstellen müssen eine Bewilligung beantragen. Der Handel und Import von Cannabis muss verboten bleiben.

Gesundheit und Soziales

Unser Gesundheitswesen zählt weltweit zu den besten, aber auch zu den teuersten. Während die Kosten für die obligatorische Krankenpflegeversicherung regelrecht explodieren, wird das Defizit in der staatlichen Alters- und Hinterlassenen Versicherung immer grösser. Obwohl unser Sozialsystem ausgeklügelt ist, gerät es immer mehr ins Ungleichgewicht.

Kostenexplosion im Gesundheitswesen stoppen

Eigenverantwortung ist auch im Gesundheitswesen mehr und mehr gefragt, die Patientinnen und Patienten müssen sich bewusst sein, dass unnötige Sprechstunden und Untersuchungen massive Kosten für die Allgemeinheit bedeuten. Die minimale Franchise ist deshalb auf 500 Franken anzuheben.

Dezentrale medizinische Grundversorgung

Hausärzte leisten in der medizinischen Erstversorgung einen wichtigen Beitrag, deshalb sind Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Hausarztberufes zu ergreifen. Die medizinische Grundversorgung muss dezentral gewährleistet sein.

Ärztetarif «Tarmed» muss revidiert werden

Um die Gesundheitskosten nachhaltig in den Griff zu bekommen, werden wir um eine Anpassung des Tarmed-Tarifsystems nicht herumkommen. Es sollen vermehrt Pauschaltarife für Behandlungen zum Zug kommen und einzelne Tarifpunkte gezielt angepasst werden, um Anreize für unnötige Behandlungen zu senken.

Ärztmangel beseitigen

Da die Schweiz an einem (Haus-)Ärztmangel leidet wandern jährlich viele Ärzte in die Schweiz ein. Dieser Mangel beruht auf einer Studienplatzbeschränkung, welche dazu führt, dass viele motivierte Schweizer Jahr für Jahr abgelehnt werden. Wir fordern, dass das Angebot an Studienplätzen erheblich ausgebaut wird.

Sozialhilfemissbrauch hart bestrafen

Wer unrechtmässig Sozialhilfe bezieht, muss mit härteren Strafen rechnen. Wenn nötig sind Detektive einzusetzen, um den Missbrauch aufzudecken und zu verhindern, dafür müssen die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden.

Begrenzung von Leistungszahlungen ins Ausland

Wer Leistungen aus den Sozialwerken der Schweiz in Anspruch nimmt und seinen Wohnsitz ins Ausland verlegt, soll nur noch eine gekürzte, an das Niveau des Domizilstaates angepasste, Leistung erhalten.

Zeitliche Begrenzung von Sozialhilfe

Sozialhilfe ist zeitlich zu begrenzen, um keine Fehlanreize zu schaffen. Das Ziel ist, dass jeder und jede für den eigenen Lebensunterhalt aufkommen kann. Langzeitarbeitslose ohne Aussicht auf eine Stelle sollen zu gemeinnütziger Arbeit in ihrer Wohngemeinde verpflichtet werden können.

KESB-willkür stoppen

Stossende Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde schreien geradezu nach Korrekturmassnahmen. Wir fordern von der KESB mehr Augenmass und gleichzeitig schärfere Kontrollen der KESB-Entscheide durch eine unabhängige Instanz. Bevor Kinder aus einer Familie gerissen werden, sind Lösungen innerhalb des familiären Umfelds zu suchen.

Gleiches Rentenalter für Mann und Frau

Aufgrund der Gleichberechtigung ist ein unterschiedliches Rentenalter für Mann und Frau nicht mehr gerechtfertigt. Im Übrigen fordern wir mittelfristig die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre, da die Lebenserwartung in den vergangenen Jahren nachweislich gestiegen ist.

Umwandlungssatz an Lebenserwartung koppeln

Der Umwandlungssatz in der beruflichen Vorsorge ist aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung zu senken und gleichzeitig an die Lebenserwartung zu koppeln.

Kunst, Kultur und Sport

Traditionen und Wertvorstellungen können als Schweizer Kultur zusammengefasst werden. Unsere Kultur ist unsere Identität, sie ist einzigartig und weltweit geschätzt. Kunst ist ebenfalls ein Teil der Kultur, sie ist vielfältig und widerspiegelt die Freude, Ängste und Sorgen der Gesellschaft. Ein abwechslungsreiches Kunst- und Kulturangebot ist im Sinne der Bevölkerung, denn schafft Identität. Sport ist nicht nur für die Gesunderhaltung der Bevölkerung wichtig, er vereint eine ganze Nation, gerade wenn es um internationale Wettkämpfe geht.

Schweizerpsalm erhalten

Seit vielen Jahren ist der Schweizerpsalm die offizielle Nationalhymne der Schweiz und gehört damit zur Schweizer Kultur. Wir lehnen die Anpassung des Textes respektive der Melodie entschieden ab und halten an der unverwechselbaren und einzigartigen Schweizer Nationalhymne fest.

Traditionen bewahren

Schweizer Brauchtum und Traditionen sind zu schützen, sie gehören zu unserer einzigartigen Kultur. Einschränkungen von Traditionen und Bräuchen lehnen wir entschieden ab. Dort wo Traditionen noch gelebt werden, sollen sie auch gelebt werden dürfen.

Unsinnige Kunst- und Kulturförderung unterlassen

Kunst ist der Ausdruck von Lebensfreude und Kreativität. Die Frage, ob Kunst überhaupt staatlich gefördert werden soll, ist daher absolut legitim. Wir sehen die Kulturförderung als Hilfeleistung um Projekte, die auf grosses Interesse stossen, zu verwirklichen. Die Kulturförderung darf nicht zum Ziel haben, dem Kulturschaffenden ein Einkommen zu sichern.

Kunst und Kultur aus privatem Interesse

Wir wünschen uns mehr privates Engagement in Sachen Kunst- und Kulturangeboten, wobei sich die öffentliche Hand möglichst nicht daran beteiligen soll. Ein attraktives Angebot wirkt anziehend und schafft Zusammengehörigkeit sowie Identität.

Zwangsgebühren für Radio und Fernsehen abschaffen

Es gibt ein ausreichendes Angebot an privaten Radio- und Fernsehstationen. Die Konkurrenzierung dieser Stationen durch staatliche Sender, welche grossmehrheitlich durch Zwangsgebühren finanziert werden, ist unzulässig. Das staatliche Angebot soll sich auf unabhängige Informationen zu aktuellen Geschehnissen beschränken.

Sport vereint und hält uns fit

Unsere Sportler tragen das Schweizerkreuz mit ihren grossartigen Leistungen in die ganze Welt hinaus. Die aktive Jugendförderung im Sport soll daher unbedingt weitergeführt werden. Jedoch wünschen wir uns eine Lockerung des J+S Moratoriums, dass auch weitere Sportarten in den Genuss der vorhandenen Fördermittel kommen dürfen.

Glaubensfreiheit stösst an ihre Grenzen

Jeder in der Schweiz darf seinen Glauben frei wählen und praktizieren. Niemand darf aufgrund seines Glaubens privilegiert behandelt werden. Religiös motivierter Gewaltaufruf darf nicht unter dem Schutzmantel der Glaubens- und Gewissensfreiheit oder der Meinungsfreiheit straffrei bleiben.

Landesverteidigung

Zu unserer bewaffneten Neutralität gehört eine gut ausgerüstete, motivierte und schlagkräftige Armee, die nach dem Milizprinzip aufgebaut ist. Die Aufgabe der Armee besteht darin, Krieg zu verhindern und den Frieden zu erhalten, weiter hat sie Land und Leute zu verteidigen. Bei ausserordentlichen Lagen unterstützt sie die zivilen Behörden.

Ausreichende finanzielle Mittel für die Armee

Um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, benötigt die Armee genügend finanzielle Mittel. Diese sind ihr durch das Parlament zu gewährleisten. Wir fordern die Armee auf, sparsam und effizient mit den Geldern umzugehen.

Neutralität bewahren

Die Armee verteidigt unser Land bei Angriffen und kommt bei besonderen Bedrohungen im Inland zum Einsatz. In zwischenstaatliche Konflikte mischt sich die Schweiz nicht ein, weshalb militärische Auslandseinsätze jeglicher Art abzulehnen sind.

Sicherung der Schweizer Aussengrenzen

Das Schengener-Abkommen verbietet uns die Grenzkontrollen, weshalb wir für die Kündigung dieses Abkommens sind. Wir fordern die Wiedereinführung der Grenzkontrollen, bei der unter anderen die Armee mitwirken soll.

Entwaffnung der Schweizer Bevölkerung verhindern

Das heutige Waffengesetz ist streng, fair und zeitgemäss. Eine von Brüssel diktierte Volksentwaffnung widerspricht einer freien Gesellschaft ganz klar. Waffen haben in der Schweiz schon immer eine wichtige Rolle gespielt, sie gehören zur Geschichte und sind damit eine Tradition. Wir lassen uns nicht entwaffnen und kämpfen gegen eine Verschärfung des Waffenrechts.

Milizprinzip beibehalten

Eine Abkehr vom Milizprinzip hin zu einer Berufsarmee kommt für uns nicht in Frage, dieses System hat sich über die Jahre hinweg bewährt. Das Potenzial ist nach Möglichkeit besser auszuschöpfen.

Anpassungen im Dienstpflichtsystem

Heute sind lediglich Männer militärdienstpflichtig, um den Personalbestand in der Armee aber auch in den zivilen Schutzorganisationen gewährleisten zu können, ist das Potenzial unter den Frauen besser zu nutzen. Frauen sollen daher ebenfalls als stellungspflichtig gelten, wobei sie von erleichterten Befreiungsmöglichkeiten aus dem Militärdienst profitieren sollen.

Armee attraktiver gestalten

Immer mehr Abgänge muss die Armee aufgrund medizinischer Beschwerden oder Zivildienstgesuchen hinnehmen. Um diesen Trend aufzuhalten, ist die Armee attraktiver auszugestalten und der Zugang zum Zivildienst ist zu erschweren.

Landwirtschaft

Unsere Landwirtschaft ist mit drei zentralen Aufgaben betraut, nämlich erstens mit der sicheren Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, zweitens mit dem Erhalt und der Pflege der Kulturlandschaft sowie drittens mit der dezentralen Besiedelung des Landes. Für ihre wertvollen Leistungen erhalten die Landwirte eine staatliche Entschädigung in Form einer Direktzahlung.

Für eine produzierende, effiziente und nachhaltige Landwirtschaft

In der Landwirtschaft ist der Fokus ganz klar auf eine effiziente und nachhaltige Produktion von Lebensmitteln zu richten.

Möglichst hoher Selbstversorgungsgrad

Um die Ernährungssicherheit für die eigene Bevölkerung auch in Krisenzeiten gewährleisten zu können, ist in der Schweiz ein möglichst hoher Selbstversorgungsgrad aus einheimischer Landwirtschaft anzustreben.

Schweizer Landwirtschaft schützen

Ausländische Produkte, die die einheimischen aufgrund der niedrigeren Produktionsstandards (insbesondere in Tierschutz und Ökologie) konkurrieren, sind zwingend mit Schutzzöllen zu belegen, um so den einheimischen Markt zu schützen.

Investitionssicherheit schaffen

Sich ständig ändernde Vorschriften und Anforderungen erhöhen die Aufwände in der Landwirtschaft und führen nicht selten zur Aufgabe des Betriebes. Gründe dafür sind mangelnde Rentabilität oder erhöhter Investitionsbedarf, weil kürzlich ausgeführte Bauten bereits nicht mehr den Vorschriften entsprechen. Den Landwirten ist eine Investitionssicherheit zu gewährleisten.

Bürokratie- und Vorschriftenabbau in der Landwirtschaft

Der Beruf der Landwirte muss wieder attraktiver werden. Ein Betrieb muss ein vergleichbares Einkommen erwirtschaften können, welches den Entbehrungen und Anstrengungen gerecht wird. Wir fordern zudem mehr Eigenverantwortung und einhergehend einen sofortigen Abbau der Bürokratie in der Landwirtschaft. Auflagen, Vorschriften und Kontrollen müssen massiv reduziert werden, um die bürokratische Last zu minimieren.

Nachhaltiger Umgang mit Direktzahlungen

Bei den Direktzahlungen durch den Bund sollen die Prioritäten klar zu Gunsten der produzierenden Landwirtschaft gesetzt werden, das heisst, gemeinwirtschaftliche Leistungen (Kulturlandschaftspflege, Alpwirtschaft) müssen ebenfalls abgegolten werden. Hingegen sind Direktzahlungen, die nicht dem Kern des Leistungsauftrages gemäss unserer Bundesverfassung dienen, abzulehnen.

Stärkung der Tierhaltung im Berggebiet

Das Berggebiet ist prädestiniert für die Haltung von Raufutterverzehrer, es sind deshalb alle Anstrengungen vorzunehmen, dass bei der nächsten Gesetzesrevision die Tierhaltung im Berggebiet wieder gestärkt wird.

Gentech-Moratorium verlängern

Zum heutigen Zeitpunkt lehnen wir die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen ab, weil die Auswirkungen noch zu wenig bekannt sind. Die Schweiz darf sich dem Fortschritt jedoch nicht verschliessen, weshalb sie dieses Thema weiterhin skeptisch und offen begleiten soll.

Erhaltenswerte Maiensäss-Kultur

Die Maiensäss-Kultur gerade in der Bündner Alpenlandschaft ist landschaftsprägend und deshalb erhaltenswert. Wir unterstützen Bestrebungen, die zum Ziel haben, die rechtlichen Rahmenbedingungen dahingehend zu ändern, dass der Erhalt und die Erneuerung von bestehenden Bauten gefördert werden.

Kein Platz für Grossraubtiere

Unser dicht besiedeltes Land lässt keinen Platz für Grossraubtiere in der Schweiz. Wir fordern deshalb eine Lockerung der Jagdgesetzgebung, wonach Grossraubtiere jagdbar werden sollen.

Jagd als wichtiges Instrument zur Bestandsregelung

Die Jagd ist ein wichtiges Instrument zur Regelung des Wildtierbestandes im Kanton Graubünden. Verantwortungsbewusste und gut ausgebildete Jäger übernehmen diese wichtige Aufgabe, dabei muss die Jagd schonend erfolgen und ethisch vertretbar sein. Die Sonderjagd gilt als ethisch verwerflich und ist deshalb abzulehnen. Anstelle der Sonderjagd ist das Zeitfenster der ordentlichen Jagd zu erweitern, damit die Abschusszahlen dennoch erreicht werden können.

Migration und Integration

Die Schweiz weist einen Ausländeranteil von fast 25 Prozent aus, was im internationalen Vergleich sehr hoch ist. Unsere gut funktionierende Wirtschaft, der ausgebaute Sozialstaat, die direkte Demokratie aber auch die gewährleistete Sicherheit wirken allesamt als Magnet für Migrantinnen und Migranten, die sich bei uns niederlassen wollen. Problematisch an dieser Tatsache ist, dass mit den Migrationsströmen Probleme zu uns kommen, wie beispielsweise höhere Sozialhilfeabhängigkeit unter Ausländern, höhere Arbeitslosigkeit oder sogar mehr Kriminalität.

Eigenständige Steuerung der Zuwanderung

Die Schweiz soll wie vom Volk beschlossen die Zuwanderung wieder eigenständig regeln. Die unkontrollierte Zuwanderung stellt uns vor grosse Herausforderungen im Bereich der Integration, der Infrastrukturen sowie der Beschäftigung. Für die Umsetzung des Volkswillen ist nötigenfalls die Personenfreizügigkeit zu kündigen.

Schutz für bedrohte Menschen auf der Flucht

Unsere humanitäre Tradition verlangt völlig zu Recht, dass an Leib und Leben bedrohte Asylsuchende in der Schweiz vorübergehend Schutz erhalten müssen. Geltende Gesetze und die Genfer Flüchtlingskonvention müssen unbedingt eingehalten werden. Wichtig ist, dass diese Menschen möglichst schnell wieder in ihr Heimatland gebracht werden können, bevor sie sich zu stark integriert haben.

Wirtschaftsmigration unterbinden

Wirtschaftsmigranten sind bereits an den Grenzen unseres Landes abzuweisen und in ihr Heimatland zurückzuführen. Wir fordern die Bundesbehörden auf, Rückschaffungen konsequenter zu vollziehen.

Unterbringungskonzept in Graubünden beibehalten

Das Unterbringungskonzept in Graubünden funktioniert sehr gut und gilt als Vorreitermodell. An diesem Konzept der Unterbringung in vom Kanton geführten Transitzentren ist weiterhin festzuhalten.

Zugang zu Sozialwerken erschweren

Migrantinnen und Migranten ist der Zugang zu unseren Sozialwerken deutlich zu erschweren, sie sollen nicht von denselben Leistungen profitieren können wie Schweizerinnen und Schweizer, ohne dass sie jemals Sozialabgaben bezahlt haben.

Integration ist eine Holschuld

Will jemand in der Schweiz leben, muss er oder sie sich integrieren. Die betroffene Person hat das in eigener Verantwortung zu tun, denn Integration ist eine Willenssache und dazu eine Holschuld.

Kriminelle Ausländerinnen und Ausländer ausschaffen

Die Spielregeln sind klar: Wer die hiesigen Gesetze nicht einhalten will, muss des Landes verwiesen werden. Zudem sind straffällig gewordene Ausländerinnen und Ausländern unter keinen Umständen einzubürgern, dasselbe gilt für Sozialhilfeabhängige und Arbeitslose.

Nein zum Ausländerstimmrecht

Wir lehnen die Einführung eines Stimmrechts für Ausländerinnen und Ausländer entschieden ab. Das Schweizer Bürgerrecht und damit einhergehend das Stimm- und Wahlrecht setzen den Abschluss einer erfolgreichen Integration voraus. Wer das Bürgerrecht nicht erwerben will oder aufgrund unzureichender Integration nicht kann, soll auch nicht in den Genuss des einzigartigen Stimm- und Wahlrechts kommen.

Sicherheit

Nach wie vor gilt die Schweiz als sicheres Land. Während es im nahen Ausland leider immer wieder zu brutalen, politisch oder religiös motivierten Terroranschlägen gekommen ist, blieb die Schweiz bislang verschont. Die ständige Bedrohung macht unseren Sicherheitskräften zu schaffen, sie benötigen zusätzliche Kräfte und finanzielle Mittel, um den erhöhten Bedarf an Sicherheit garantieren zu können. Zudem blüht gerade in Grenzregionen des Kantons Graubünden der Kriminaltourismus, wo zusätzliche Grenzschützer eingesetzt werden müssen.

Kriminaltourismus bekämpfen

Mit der Aufstockung des Grenzwachtkorps, der Wiedereinführung von systematischen Grenzkontrollen sowie der verstärkten Polizeipräsenz in grenznahen Gebieten soll den Kriminaltouristen das Handwerk gelegt werden.

Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte stärken

Um die Sicherheit in der Schweiz zu garantieren, sollen die Polizei, die Armee und das Grenzwachtkorps sehr eng miteinander zusammenarbeiten.

Eine schlagkräftige Kantonspolizei

Der Kantonspolizei sind genügend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Sicherheit der Bündner Bevölkerung jederzeit gewährleisten zu können. Für uns ist der haushälterische Umgang mit den Steuergeldern eine Selbstverständlichkeit.

Keine Kuscheljustiz

Gewaltverbrechen oder ähnliche Gräueltaten gegen andere Menschen sind hart zu bestrafen. Sexualgewaltverbrecher und pädophile Gewaltstraftäter sind lebenslang zu verwahren. Kuscheljustiz und Therapien bei Sexualverbrechern lehnen wir entschieden ab, die Strafe muss konsequent vollzogen werden.

Bussenpraxis ist zu überdenken

Die Verkehrsüberwachung soll in erster Linie der Sicherheit dienen und keine fiskalischen Gründe haben, doch die heutige Praxis lässt den Schluss zu, dass Geschwindigkeitskontrollen aus finanziellen Gründen durchgeführt werden. Diese Praxis ist zu überdenken, weshalb wir von der Kantonspolizei fordern, die Radarstandorte öffentlich bekannt zu geben.

Opfer- statt Täterschutz

Die Interessen des Opfers sind in jedem Fall höher zu gewichten als die Interessen des Täters.

Milde Strafen für Bagatelldelikte

Unsere teilweise feinmaschigen Gesetze und Verordnungen einzuhalten ist praktisch unmöglich, primär muss daran gearbeitet werden, dass die Gesetze verhältnismässig und sinnvoll sind. Darüber hinaus sind bei Bagatelldelikten Verwarnungen oder Ordnungsbussen auszusprechen.

Verkehr

Mobilität ist in der heutigen Zeit ein sehr wichtiges Bedürfnis der Bevölkerung, umso wichtiger ist es, dass das Verkehrsnetz in der Schweiz möglichst lückenlos, in gutem Zustand und belastbar ist. Sowohl das Schienen- als auch das Strassennetz sind zu erhalten respektive punktuell auszubauen. Der Alpenkanton Graubünden mit seinen abgelegenen Regionen und Talschaften ist auf eine gute Erschliessung dieser Gebiete angewiesen.

Durchgehende Doppelspur der Bündner A13

Der Transitverkehr durch Graubünden nimmt immer mehr zu, es staut deshalb immer öfters an Nadelöhren wie vor dem Isla Bella Tunnel oder vor dem San Bernardino Tunnel. Solche Engpässe sind zu beseitigen, indem die Strecke durchgehend doppelspurig werden soll.

Güterverlad auf Schiene durchsetzen

Um den Strassenverkehr zu entlasten, sollen Güter nach Möglichkeit auf der Schiene transportiert werden. Wir fordern die Bündner Regierung auf, Massnahmen für einen konsequenten Güterverlad auf die Schiene zu prüfen und umzusetzen.

Preiserhöhung für Autobahnvignette lehnen wir ab

Für uns kommt die Preiserhöhung der Autobahnvignette nicht in Frage, hingegen sollen Anhänger von der Vignettenpflicht befreit werden. Die Einführung einer sogenannten E-Vignette lehnen wir ebenfalls ab, weil wir keine systematischen Videokontrollen wollen.

Gleich lange Spiesse für Strasse und Schiene

Die einseitige Förderung des Strassen- oder des Schienenverkehrs lehnen wir ab, beide Optionen müssen zu fairen Preisen für jedermann nutzbar sein. Eine Quersubventionierung der Schiene durch den Strassenverkehr widerspricht unseren Vorstellungen.

Zweiphasenausbildung ist eine Schikane

Die sogenannte obligatorische Zweiphasenausbildung für Neulenkende ist nicht zielführend. Sie belastet die Jungen mit zusätzlichen Ausgaben und die Wirkung ist ebenfalls nicht vollkommen nachgewiesen. Wir lehnen deshalb diese schikanöse Zweiphasenausbildung in der heutigen Form ab, da es ein reines Geschäftsmodell ist ohne nachweislichen Erfolg.

Wirtschaft und Tourismus

Eine florierende und funktionierende Wirtschaft ist die Basis unseres Wohlstandes. Wirtschaft und Tourismus spielen in Graubünden ebenfalls eine wichtige Rolle, sie generieren Wertschöpfung und schaffen wichtige Arbeitsplätze für die hiesige Wohnbevölkerung. Die Bündner Wirtschaft besteht aus zahlreichen, dezentralen Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU), wir verfügen zudem über eine namhafte Exportwirtschaft und bieten zahlreiche touristische Attraktionen an. Das Bündner Rheintal kann als Wirtschaftsmotor Graubündens verstanden werden.

Grundsatz freie Marktwirtschaft

Unsere Wirtschaft funktioniert nach dem Prinzip der freien Marktwirtschaft, daran ist weiterhin festzuhalten. Der Staat soll sich weitgehend aus der Marktwirtschaft fern halten, denn der (internationale) Wettbewerb sorgt für die nötigen Korrekturen.

Handelshemmnisse abbauen

Als Exportnation profitieren wir vom Abbau der Handelshemmnisse, doch dieses Profitieren basiert auf Gegenseitigkeit. Aus diesem Grund befürworten wir Abkommen, die im gegenseitigen Interesse sind und zum Ziel haben, Handelshemmnisse abzubauen.

Deregulierung vorantreiben

Unternehmen müssen in ihren Entscheidungen möglichst frei sein, sie müssen innovativ und mutig sein. Staatliche Regulierungen und administrative Hürden hemmen Unternehmen in ihrer Innovation, weshalb alles daran zu setzen ist, unnötige Regulierungen abzuschaffen.

Wirtschaftsförderung in Graubünden

Der Kanton Graubünden soll innovative Start-ups und KMU gezielt fördern, denn sie schaffen attraktive Arbeitsplätze und generieren Wertschöpfung. Die Förderung soll im Rahmen eines Darlehens seitens des Kantons, einer steuerlichen oder administrativen Entlastung passieren.

Inländervorrang umsetzen

Schweizerinnen und Schweizer sind bei der Stellenvergabe gegenüber Ausländerinnen und Ausländern zu priorisieren. Der in der Verfassung verankerte Inländervorrang gilt es wortgetreu umzusetzen.

Politik in- und ausserhalb Graubündens

Das direktdemokratische System der Schweiz ist einzigartig, denn in keinem anderen Land haben die Bürger so viel Mitbestimmungsmöglichkeit. Sowohl auf kantonaler als auch auf nationaler Ebene gibt es Baustellen, die wir gerne vorantreiben möchten. Unsere Demokratie ist nicht perfekt, wir setzen uns aber dafür ein, dass sie immer besser wird.

Proporzwahlverfahren für Graubünden

Der Grosse Rat wird heute nach dem Majorzwahlverfahren bestellt. Wir fordern die Abkehr von diesem verfassungswidrigen Wahlverfahren und setzen uns für das Proporzsystem ein. Die Wahlbezirke sind so festzulegen, dass alle Regionen und Talschaften eine ausreichende Mitsprachemöglichkeit erhalten.

Ja zu E-Voting

E-Voting in Graubünden ist zu begrüßen, da es aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung eine Notwendigkeit wird. Wir verlangen vom Kanton Graubünden eine fein säuberliche Vorbereitung – ohne überhasteten Fahrplan. Das System muss in jedem Fall funktionsfähig, ausgereift und fälschungssicher sein.

Bundesverfassung als oberste Gesetzesgrundlage

Unsere Schweizer Bundesverfassung ist die oberste Rechtsquelle in unserem Land. Eine Unterordnung an fremdes Recht kommt für uns nicht in Frage.

Sondersession auf Bundesebene abschaffen

In jeder Session des National- und Ständerats werden seitenweise Gesetze und Verordnungen erlassen oder abgeändert. Wir sind der Meinung, dass die Sondersession abgeschafft werden muss, um zusätzliche Regulierungen und Freiheitseinschränkungen bremsen zu können.

Direktdemokratischer Föderalismus

Die Stärke des Schweizer Föderalismus liegt in der Tatsache, dass jeweils die direkt betroffenen Bürger auf der kleinstmöglichen Staatsebene direktdemokratisch über Veränderungen entscheiden dürfen. Entgegen internationalen Standards wird unser Land von unten nach oben regiert. Dieses einzigartige und schätzenswerte System möchten wir mit aller Kraft verteidigen.

Attraktive Randregionen

Um die Randregionen, namentlich die Berggebiete im Kanton, als Wohn- und Lebensraum attraktiv zu halten, sind Pendlerabzüge unerlässlich und dürfen nicht angetastet werden. Des Weiteren sollen die Regionen durch Strassen, öffentliche Verkehrsmittel, schnelle Internetverbindungen sowie ausreichende medizinische und schule Angebote gut erschlossen sein. Auf den Erhalt der Arbeitsplätze in ländlichen Regionen ist besonderen Wert zu legen.

Mutige Regierung gefragt

Unsere Regierung funktioniert, doch das allein nützt unserem Kanton nichts. Wir brauchen fähige Leute in der Kantonsregierung die mutig sind und Visionen haben. Heute wird vieles mit dem Verweis auf übergeordnetes Bundesrecht und aus Angst vor kritischen Stimmen blockiert. Wir fordern die Regierung auf, mehr Mut an den Tag zu legen und Graubünden vorwärts zu bringen.